

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volksblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr ; für Aus-
wärtige portofrei
12 $\frac{1}{2}$ Sgr

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N: 147.

Paderborn, 8. December

1849.

Uebersicht.

Wahl-Verordnung.

Deutschland. Berlin (Goldsche noch nicht verhaftet; Waldeck);
Brandenburg a. S. (Correspondenz); Braunschweig (Verordnun-
gen).

Frankreich. Paris (die Getränkesteuer).

England. London (Californien).

Prozeß Waldeck.

Vermischtes.

Verordnung

zur Ausführung der Wahlen der Abgeordneten
zum Volkshaufe.

(Schluß.)

§. 21. In jeder Gemeinde ist sofort ein Verzeichniß der
stimmberechtigten Wähler (Wählerliste) mit Angabe des Steuer-
betrages aufzustellen, welcher auf jeden einzelnen Wähler fällt.

§. 22. Von Amtswegen werden nur diejenigen Steuerbe-
träge bei jedem Wähler in der Liste angegeben, welche er bezieht-
weise in der Gemeinde oder im Wahlbezirke (§. 14). Wer auch
die anderswo von ihm zu zahlenden Steuerbeträge aufgenommen
wissen will, muß dieselbe der Behörde, welche die Wählerliste auf-
stellt, rechtzeitig und spätestens innerhalb der Reclamationsfrist gegen
die Liste (§. 23.) glaubwürdig nachweisen, widrigenfalls es bei dem
Ansatz der Behörde bewendet.

§. 23. Die Wählerliste ist zu Jedermanns Einsicht auszule-
gen, und daß dies geschehen, in ortsüblicher Weise bekannt zu
machen. Einsprachen gegen die Liste sind binnen 8 Tagen nach
öffentlicher Bekanntmachung bei der Ortsbehörde oder dem von
derselben dazu ernannten Commissar oder der dazu niedergesetzten
Commission schriftlich anzuzeigen oder zu Protokoll zu geben. Die
Entscheidung darüber steht in den Städten der Gemeinde-Verwal-
tungs-Behörde, auf dem Lande dem Landrathe zu und muß inner-
halb der nächsten 14 Tage erfolgen, worauf die Listen geschlossen
werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl be-
rechtigt, welche in die Liste aufgenommen sind.

§. 24. Aus den Wähler-Listen ist für jede Gemeinde (§. 14. a)
oder jeden Wahlbezirk (§. 14. b.) eine Abtheilungs-Liste anzuferti-
gen und von derjenigen Behörde festzustellen, welche die Wahlbezirke
einrichtet (§. 5). Eben diese Behörde hat das Lokal oder die
Lokale, in welchen die Abtheilungs-Listen öffentlich auszulegen sind,
zu bestimmen.

§. 25. Die Abtheilungs-Listen müssen innerhalb 8 Tagen
nach dem Schlusse der Wähler-Listen aufgestellt und dann sofort
aufgelegt werden. Einsprachen gegen die Abtheilungs-Listen sind
binnen 3 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung schriftlich anzu-
bringen oder zu Protokoll zu geben. Die Entscheidung darüber
steht auf dem Lande dem Landrathe, in den Städten der Gemeinde-
Verwaltungs-Behörde zu und muß innerhalb der nächsten 8 Tage
erfolgen, worauf die Listen geschlossen werden.

§. 26. Der Tag der Wahl der Wahlmänner ist von dem
Minister des Innern festzusetzen.

§. 27. Für jeden Wahlbezirk wird von derjenigen Behörde,
welche die Wahlbezirke bestimmt, ein Wahl-Vorsteher, der
die Wahl zu leiten hat, so wie ein Stellvertreter desselben für
Verhinderungsfälle ernannt. Der Wahl-Vorsteher ernannt aus der
Zahl der Wähler des Wahl-Bezirks einen Protokollführer, so wie
1 bis 6 Beisitzer. Die Beisitzer müssen Gemeinde-Mitglieder sein
und dürfen kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden. Wahl-
Vorsteher, Protokollführer und Beisitzer bilden den Wahl-Vorstand.
Wahl-Vorsteher, Protokollführer und Beisitzer bilden den Wahl-

Vorstand. Der Wahl-Vorsteher verpflichtet den Protokollführer
und die Beisitzer mittelst Handschlages an Eidesstatt.

§. 28. In Wahl-Bezirken, welche aus mehreren Gemeinden
bestehen, kann der Wahl-Vorsteher, je nach der Dertlichkeit und
dem Bedürfnis, von einer Wahl-Versammlung für den ganzen
Bezirk absehen und Wahl-Versammlungen für einen Theil desselben
oder für jede einzelne Gemeinde ansetzen.

§. 29. Die Wähler sind zur Wahl durch ortsübliche Bekannt-
machung zu berufen.

§. 30. In der Wahl-Versammlung dürfen weder Discus-
sionen stattfinden, nach Beschlüsse gefaßt werden. Wahlstimmen
unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig.

§. 31. Die Wahlen erfolgen abtheilungsweise durch offene
Stimmgebung zu Protocoll, nach absoluter Stimmenmehrheit und
nach den Vorschriften des Reglements (§. 43).

§. 32. Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus
der Zahl der stimmberechtigten Wähler des Wahlbezirks, ohne Rück-
sicht auf die Abtheilung, gewählt. In Gemeinden, in welchen eine
oder mehrere Abtheilungen in abgesonderte Wahlbezirke getheilt
sind (§. 20), werden in diesen die Wahlmänner unbeschränkt aus
der Zahl der stimmberechtigten Wähler der Gemeinde gewählt.

§. 33. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute
Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt.

§. 34. Der gewählte Wahlmann muß sich über die Annahme
der Wahl erklären. Eine Annahme unter Protest oder Vorbehalt
gilt als Ablehnung und zieht eine Ersatzwahl nach sich.

§. 35. Das Protocoll wird von dem Wahlvorstande (§. 27.)
unterszeichnet und dem Wohlcommissar für die Wahl des Abgeord-
neten eingereicht.

§. 36. Mit Ausnahme des Falles der Auflösung des Volks-
hauses sind die Wahlen der Wahlmänner für die Zeit, bis das
deutsche Parlament die Verathung des Verfassungswerkes beendet
haben wird, dergestalt gültig, daß bei einer erforderlich werdenden
Ersatzwahl eines Abgeordneten nur an Stelle derjenigen Wahl-
männer neue zu wählen sind, welche inzwischen durch Tod, Weg-
ziehen aus dem Wahlbezirk, beziehungsweise aus der Gemeinde, oder
auf sonstige Weise ausgeschieden sind.

§. 37. Der Oberpräsident ernennt den Wahlcommissar für
jeden Wahlkreis und bestimmt den Wahlort.

§. 38. Die Wahlen der Abgeordneten finden am 31. Januar
1850 statt.

§. 39. Der Wahlcommissar beruft die Wahlmänner mittelst
schriftlicher Einladung zur Wahl des Abgeordneten. Er hat die
Verhandlungen über die Wahlmänner nach den Vorschriften dieser
Verordnung zu prüfen, und, wenn er einzelne Wahlacte für un-
gültig erachten sollte, der Versammlung der Wahlmänner, deren
Wahl für ungültig anerkannt ist, schreitet die Versammlung zum
eigentlichen Wahlgeschäft. Außer der vorgedachten Erörterung und
Entscheidung über die etwa gegen einzelne Wahlacte erhobenen Be-
denken dürfen in der Versammlung weder Discussionen, noch Be-
schlüsse gefaßt werden.

§. 40. Die Wahl des Abgeordneten erfolgt durch offene
Stimmgebung zu Protocoll. Der Protokollführer und die Beisitzer
werden von den Wahlmännern auf den Vorschlag des Wahlcom-
missarius gewählt und bilden mit diesem den Wahlvorstand. Die
Wahlen erfolgen nach absoluter Stimmenmehrheit. Wahlstimmen
unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig. Ergibt
sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Majorität, so wird
zu einer engeren Wahl geschritten.

§. 41. Wähler zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder
unbescholtene Deutsche, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt
und seit mindestens 3 Jahren einem derjenigen deutschen Staaten
angehört hat, von welchen das deutsche Parlament besetzt wird.